



## Für eine Energiewende ohne massive Energieverteuerung

economisesuisse trägt die Energiewende mit und respektiert den politischen Willen, aus der Kernenergie der heutigen Generation auszusteigen. Sonne und Wind werden jedoch den wegfallenden Strom der Kernkraftwerke bei Weitem nicht ersetzen können. Bevor neue erneuerbare Energien aus Sonne und Wind wirklich nutzbar werden, stehen noch einige Quantensprünge hin zu einem intelligenten Stromnetz und zu besseren Speicherlösungen für die unregelmässig anfallenden Energien an. Bis es soweit ist, muss sich die Schweiz mit anderen Lösungen begnügen. Im Vordergrund stehen hocheffiziente Gaskombikraftwerke, wie sie auch in der Schweiz selbst hergestellt werden.

Wie in Deutschland zu beobachten ist, muss auch in der Schweiz damit gerechnet werden, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie mit einer Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen einhergehen wird. Das steht im Widerspruch zu den Plänen des Bundesrates, der gleichzeitig mit dem Atomausstieg bis 2050 auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund zwei Drittel senken will. Der Bundesrat will diesen Spagat durch eine massive Besteuerung von Energie ermöglichen. Über diese Lenkungspolitik soll der Energie- und Stromkonsum künstlich massiv gesenkt werden, um die gesetzten Ausstiegsziele vollständig zu realisieren. Diesel und Heizöl müssten hierzu gemäss Rechnungen des Bundes um drei Franken verteuert werden, Benzin um 2.75 Franken auf fast fünf Franken pro Liter und die Elektrizitätspreise müssten um zusätzliche 40 Prozent erhöht werden.

Nur so könnte die Nachfrage erfolgreich gebremst werden, der volkswirtschaftliche Preis dafür wäre aber sehr hoch. Gemäss der ETH-KOF-Studie von Professor Egger von Ende Januar 2013 würde ein solches Szenario zu Wachstumseinbussen von bis zu zwei Jahrzehnten führen und müsste mit entsprechendem heute noch nicht verfügbarem technologischem Fortschritt

kompensiert werden. Ein solches Szenario mit einer massiven Energieverteuerung im Alleingang führt in eine volkswirtschaftliche Sackgasse. Ein Ausweg könnte einerseits darin liegen, dass bei der Klimapolitik – die den globalen Herausforderungen des Klimawandels begegnen soll – verstärkt eine internationale Sicht eingenommen wird. Es würde dem Klima mehr dienen, wenn sich die Schweiz beispielsweise in Entwicklungs- und Schwellenländern dafür engagiert, dass nicht in alte Kohletechnologien, sondern in neue und umweltschonende Technologien (auch solche «made in Switzerland») investiert würde. Das Stichwort heisst Auslandkompensationen. Andererseits müsste sich der Aufbau der nötigen Ersatzkapazitäten an einer realistischeren Einschätzung der künftigen Entwicklung der Stromnachfrage – unter Berücksichtigung der umweltschonenden Verlagerung von fossiler auf elektrische Energie sowie unter Ausschöpfung aller Effizienzmöglichkeiten auf wirtschaftlicher Basis – orientieren.